



# Das ist unser Land!

Ressourcenkonflikte in Bangladesch

NETZ - Bangladesch Zeitschrift  
Nr. 4, 32. Jahrgang, 03.12.2010

Die NETZ-Ausgabe 1/2011 hat den  
Arbeitstitel: „40 Jahre Unabhängigkeit“

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Diese NETZ-Ausgabe  
wurde gefördert vom:



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

NETZ macht mit bei:



## IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 – 35576 Wetzlar / Telefon: 06441 – 26585 / Fax.: 06441 – 26257 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org / ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Niko Richter  
Layout: Moritz Marbach  
Titelfoto: Fahad Kaizer  
Redaktion: Anna Bucur, Ines Burckhardt, Kai Fritze, Patrizia Heidegger, Heiko Herold, Moritz Marbach, Heike Proelß, Ingo Ritz, Dirk Saam, Anja Scholz.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzel exemplar: 5€.

## Inhalte dieser Ausgabe

### THEMA: RESSOURCENKONFLIKTE

#### Im Interesse der Bürger

Interview mit Professor Anu Muhammad über die Herausforderungen bei der Förderung von Bodenschätzen in Bangladesch. **S. 4**

#### Kohle ist nicht essbar

Auswirkungen des Kohleabbaus in Bangladesch. Von Dirk Saam und Kai Fritze **S. 9**

#### Das Recht auf Nahrung verwirklichen

Konflikte um die Ressource Land. Von Niko Richter **S. 12**

#### Fader Beigeschmack

Die Folgen der industriellen Garnelenzucht in Bangladesch. Von Insa Bloem und Niko Richter **S. 15**

### POLITIK & GESELLSCHAFT

Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch auf einen Blick. Zusammengestellt von Patrizia Heidegger, Niko Richter und Dirk Saam. **S. 18**

### NETZ aktiv

Neuigkeiten zur Arbeit der Ehren- und Hauptamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland. **S. 20**

### KULTUR

#### Tahmima Anam: Zeit der Verheißungen

Buchbesprechung von Heike Proelß **S. 26**



**Dirk Saam**  
Referent für  
Entwicklungspolitik

## Liebe Leserin, lieber Leser,

hunderttausend Menschen protestieren gegen ein Großprojekt, da sie Eingriffe in Umwelt und Grundwasser bemängeln und am Sinn und Zweck des Projektes zweifeln. Die Demonstranten beklagen, dass sie nicht angemessen in Entscheidungsprozesse eingebunden wurden. Stuttgart 21 ist im Herbst 2010 zum Synonym geworden für mangelnde Kommunikation politischer Entscheidungsträger mit der Bevölkerung.

Ortswechsel: Der Nordwesten Bangladeschs im Herbst 2010. Hunderttausend Menschen protestieren gegen Pläne in der Region Kohle im offenen Abbau zu fördern, da sie massive soziale und ökologische Auswirkungen befürchten. Auch sie sind verärgert, über die Intransparenz bei der Entscheidungsfindung und über mangelnde Möglichkeiten eigenen Sichtweisen Gehör zu verschaffen.

Trotz der Proteste in Stuttgart ist in Deutschland bei der Planung solcher Großvorhaben eine Beteiligung von Bürgern, deren Belange durch das Vorhaben betroffen sind, an sich gewährleistet. Großprojekte in Bangladesch betreffen meistens die Erschließung und Nutzung natürlicher Ressourcen und die Verwendung von Land. Die Bürger haben hier wenig Mitspracherecht, obwohl etwa 75 Millionen Menschen von der Landwirtschaft leben und Kleinbauern, die zum großen Teil nur für den Eigenbedarf anbauen, am häufigsten anzutreffen sind. Entscheidungen, die über ihre Köpfe hinweg gefällt werden, sind in den meisten Fällen Entscheidungen über ihre Existenz.

Im Interview ab Seite 4 erläutert der Wirtschaftswissenschaftler Professor Anu Muhammad die Probleme und

Herausforderungen solcher Projekte. Kai Fritze und Dirk Saam zeigen auf den Seiten 9-11, welche Probleme zu erwarten sind, wenn in Bangladesch fruchtbares Land für den offenen Kohleabbau genutzt werden sollte. Seit vielen Jahren besteht auch der Konflikt um Land in den Küstenregionen Bangladeschs. Über die Auswirkungen der Umwandlung von Reis- und Gemüsefelder in Salzwasserteiche für die industrielle Garnelenzucht berichten Insa Bloem und Niko Richter (ab Seite 12-14).

Das Recht auf Nahrung im Zuge der Industrialisierung zu gewährleisten wird eine der schwierigsten Aufgaben Bangladeschs sein. Niko Richter gibt hierzu ab Seite 15 eine Einschätzung.

Die Industrialisierung ist wichtig für die weitere Entwicklung Bangladeschs – es ist aber auch wichtig, dass im Zuge der Durchführung von Großprojekten die Menschen mitgenommen und keine Menschenrechtsverletzungen verübt werden. NETZ setzt sich auf politischer Ebene dafür ein, dass bei der Umsetzung von Großprojekten in Bangladesch die Interessen der armen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Eine interessante Lektüre  
wünscht Ihnen

Dirk Saam

# Im Interesse der Bürger

## Herausforderung bei der Förderung von Bodenschätzen in Bangladesch

**Anu Muhammad ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Jahangirnagar Universität in Savar. Er ist Sprecher der zivilgesellschaftlichen Bewegung „Nationaler Ausschuss zur Sicherung von Bodenschätzen in Bangladesch“. Im Gespräch mit NETZ äußert er seine Bedenken, dass Wirtschafts- und Bürgerinteressen bei der Erschließung und Nutzung von Bodenschätzen nicht im Einklang stehen und die Befürchtungen der Bevölkerung bei der Planung und Durchführung von Förderprojekten nicht angemessen berücksichtigt werden.**

**NETZ:** Professor Anu Muhammad, Bangladesch steht vor der großen Herausforderung, die Probleme bei der Energieversorgung zu lösen. Die Regierung sieht im Kohleabbau eine Möglichkeit, das Energiedefizit abzubauen. Wieso sind sie so entschieden gegen den offenen Kohleabbau im Nordwesten von Bangladesch gelegenen Phulbari?

**Anu Muhammad:** Der offene Tagebau würde die Wasserressourcen, das Ackerland und die Biodiversität einer ganzen Region zerstören und somit auch die Lebensgrundlage von über 200.000 Menschen. Um das zu erläutern, muss ich etwas weiter ausholen. Der Plan in Phulbari Kohle abzubauen wird seit 1994 verfolgt. 1997 stieg das britische

Unternehmen Asia Energy ein. Seitdem wird beabsichtigt, die Kohle im Tagebau zu fördern. Dafür schloss das Unternehmen einen Vertrag auf Produktionsbeteiligung mit der damaligen Regierung des Landes. Auf einer Fläche von über 60 km<sup>2</sup> soll Kohle gefördert werden. 80% dieser Kohle sind für den Export bestimmt. Nur 6% der Einnahmen daraus würden nach Bangladesch fließen. In die Öffentlichkeit geriet das Projekt erstmals, als im Jahr 2005 im Auftrag von Asia Energy, Anwohnern Geld für den Kauf ihrer Grundstücke geboten wurden – zu Preisen, die deutlich über dem Marktwert lagen. Einigen einflussreichen Personen wurden sogar Bestechungsgelder angeboten. Dies machte die Lokalbevölkerung misstrauisch und sie begannen den Protest gegen das Projekt zu organisieren. Ende 2005 wurden wir dann von ihren Vertretern um Unterstützung gebeten.

Phulbari ist eine sehr dichtbesiedelte Region. Laut einem Regierungsbericht wären weit über 100.000 Menschen direkt vom geplanten Tagebau betroffen. Asia Energy selbst sprach von 40.000. Allein durch die für den Tagebau notwendige Entwässerung der Region, würde zirka 40 Mal mehr fruchtbarer Boden für die Landwirtschaft unbrauchbar, als durch eine Förderung im Bergbau. Kohleförderung im Tagebau ist aufgrund seiner ökologischen, ökonomischen und sozialen negativen





Foto: Fahad Kaiser

Auswirkungen keine Alternative. Infolge unseres Protestes und der darauf folgenden gewaltsamen Übergriffe der Sicherheitskräfte [Anm. d. Red.: siehe Artikel ab Seite 9] unterzeichnete die von der Bangladesh Nationalist Party geführte Regierung im Jahr 2006 eine Vereinbarung mit Vertretern aus Phulbari. Diese beinhaltet folgende Zusagen: 1. Kein Tagebau von Kohle in Bangladesch; 2. Verbot aller Aktivitäten von Asia Energy im Land; 3. Kohle soll erst gefördert werden, wenn Abbaumethoden genutzt werden können, die soziale und ökologische Schäden minimieren und auf Beratungen mit der lokalen Bevölkerung fußen.

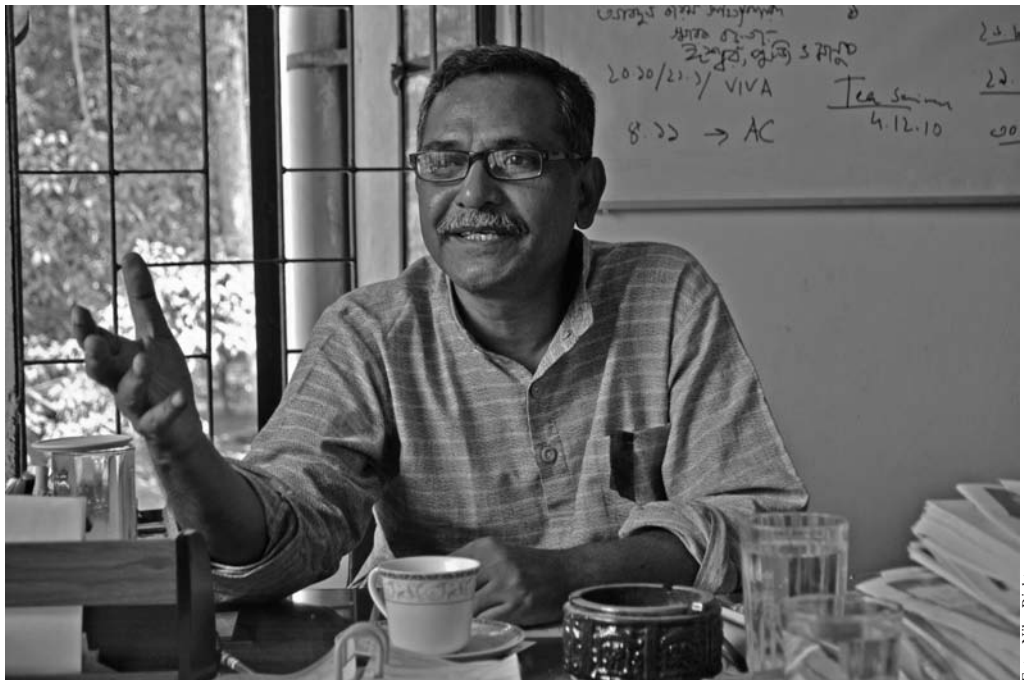
Die Awami League unter Sheikh Hasina,

damals in der Opposition und heute an der Regierung, unterstützte diese Vereinbarung. Im Wahlkampf Ende 2008 vertrat die Partei dazu keine andere Meinung. Warum unterstützt die Regierung nun den Tagebau? Vom Volk hat sie dafür jedenfalls kein Mandat erhalten. Aus diesem Grund führen wir öffentliche Protestaktionen durch. Ende Oktober 2010 unterstützten über 100.000 Menschen unseren „Langen Marsch“ von Dhaka nach Phulbari, um gegen den Tagebau, den Export der Kohle und die Zerstörung des fruchtbaren Landes zu protestieren.

Wir fordern von der Regierung ihren Schmusekurs mit den beteiligten Unternehmen aufzugeben und viel mehr Ressourcen in die Förderung erneuerbarer Energien zu investieren. Unser Land und seine Men-

schen brauchen eine ebenso ökologisch und sozial ausgewogene, wie auch nachhaltige Energiepolitik.

**NETZ:** In dem östlich an Phulbari angrenzenden Gebiet Barapukuria wird bereits Kohle im Bergbau gefördert. Ist dies eine Alternative?



Professor Anu Muhammad: „Unser Land und seine Menschen brauchen eine ebenso ökologisch und sozial ausgewogene, wie auch nachhaltige Energiepolitik.“

**Anu Muhammad:** Nur sehr bedingt. Die geografischen Voraussetzungen in der Region erschweren diese Methode stark. Zudem wurden in Barapukuria Sicherheitsaspekte nicht beachtet. Es gibt noch keine Abbaumethode, die sicher und zuverlässig genug ist. Aber im Vergleich zum offenen Tagebau ist diese Methode besser – doch nur, wenn auf die Sicherheit geachtet wird. Technologien entwickeln sich weiter. In der Zukunft könnten neue Methoden konzipiert werden, die eine sichere und umweltfreundliche Kohleförderung unter Tage ermöglichen. Doch dafür sind weitere wissenschaftliche Untersuchungen eine Voraussetzung.

In Barapukuria wird seit dem Jahr 2005 Kohle im Bergbau gefördert. Die beteiligten Unternehmen sehen

in den Kohlevorkommen nur eins: ihren Profit. Sie wollen die Kohle so schnell wie möglich fördern, um kurzfristige Gewinne zu erzielen. Der deutsche Energiekonzern RWE unterstützt das Tagebau-Vorhaben in Phulbari, unter anderem durch die Erstellung einer Machbarkeits-

studie vor Ort. Auch Unternehmen in Österreich und Indien haben Interesse sich zu beteiligen. Die Inder wollen die Kohle insbesondere für den eigenen Energiebedarf nutzen.

Erst Anfang November 2010 hat Asia Energy, inzwischen umbenannt in Global Coal Management Resources, einen Antrag bei der bangladeschischen Regierung eingereicht, in dem das Unternehmen um eine schnelle Entscheidung bittet, in Barapukuria Kohle im Tagebau zu fördern. Dies wäre ein Präzedenzfall in Bangladesch. Die Anwohner der Kohleförderanlage bekommen bereits jetzt die drastischen ökologischen Folgen des Abbaus zu spüren. Durch Kompensationszahlungen sollen sie zu einer Umsiedlung bewegt werden. Gelingt dies, dann ist der Weg für die erste Förderung von

Kohle im Tagebau in Bangladesch bereit. Später kann dieses Projekt dann in der Öffentlichkeit als Erfolg verkauft werden, um so schließlich auch mit dieser Methode die Kohlereserven in Phulbari auszubeuten.

**NETZ:** Mehrfach haben bangladeschische Politiker Nordrhein-Westfalen besucht, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen vom durch RWE durchgeführten Tagebau. Deutschlands Vorgehensweise könne als Blaupause für Bangladesch angesehen werden, so lautete die Schlussfolgerung. Kann man die Voraussetzungen in Bangladesch und Deutschland vergleichen?

**Anu Muhammad:** Die geografischen und sozialen Voraussetzungen in den beiden Ländern sind komplett unterschiedlich. Die Abbauregion in Bangladesch ist wesentlich dichter besiedelt. In Deutschland ist das für den Tagebau notwendige Wassermanagement viel besser entwickelt und Bestimmungen sind hier auch wirklich umsetzbar und kontrollierbar. Die Menschen in Phulbari sind von der Landwirtschaft als Existenzgrundlage abhängig, die umgesiedelten Menschen in Nordrhein-Westfalen sind es nicht – sie haben vielfach andere Qualifikationen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Bereits vor dem letzten Besuch haben sich einige Minister und Parlamentsmitglieder öffentlich für den offenen Tagebau ausgesprochen. Der Besuch in Deutschland war nichts weiter als eine Inszenierung. Die bereits zuvor festgelegt Botschaft war: Kohleförderung im Tagebau ist ohne Probleme durchführbar und Deutschland, als technologisch weitentwickeltes Land, unterstützt uns. Doch selbst in den Abbauregionen von RWE in Deutschland gibt es eine Protestbewegung gegen den Tagebau, trotz besserer Technologie, einer effizienteren Umsetzung von Richtlinien und Vorgaben und deren unabhängiger Überprüfung. Wieso gibt es diese Proteste? Auch diese Kritiker

hätten die Politiker aus Bangladesch treffen sollen.

**NETZ:** Sie scheinen kein großes Vertrauen in die zuständigen staatlichen Stellen zu haben.

**Anu Muhammad:** Die staatlichen Behörden arbeiten ineffizient. Sie haben ein großes finanzielles und personelles Kapazitätsdefizit und ihnen fehlt das technische und organisatorische Fachwissen. Wie ließe sich sonst erklären, dass infolge der beiden großen Gasförderunfälle der Jahre 1997 und 2005, bei denen rund 500 Millionen metrische Tonnen Gas schlichtweg verbrannt wurden, keine Kompensationszahlungen erfolgten. Die durch ihre technischen Fehler verantwortlichen Unternehmen, die US-amerikanische Occidental Oil Company und das kanadische Niko Resources, kamen ungeschoren davon. Die Menschen in Bangladesch verloren Bodenschätze, die ausgereicht hätten, den Energiebedarf des gesamten Landes für zwei Jahre zu decken. Leider müssen wir davon ausgehen, dass zwischen den Beteiligten Vereinbarungen ausgehandelt wurden, die nur deren eigenen Interessen Rechnung tragen – nicht aber den Interessen der Bevölkerung.

Natürlich muss das Energieproblem des Landes gelöst werden. Die zuständigen staatlichen Behörden müssen sich dafür aber wesentlich besser aufstellen, um diesen großen Herausforderungen zu begegnen. Die Regierung sollte eigens hierfür neue nationale Institutionen schaffen, in denen Fachkompetenz und Professionalität gebündelt werden und die in der Lage sind, eigene wissenschaftliche Studien zu erstellen, die alle geologischen, ökonomischen und vor allem auch soziale Auswirkungen von geplanten Projekten berücksichtigen.

**NETZ:** Sie sprachen die Gasförderung an. Aktuell werden 75% des kommerziellen Energieverbrauchs

in Bangladesch durch die Förderung der natürlichen Gasvorkommen gedeckt. Die Ausbeutung findet größtenteils auf dem Festland statt, aber auch im Golf von Bengalen sollen immer weitere Gasreserven erschlossen. Durch welche Kooperationsvereinbarungen werden die Vorkommen in Bangladesch erschlossen?

**Anu Muhammad:** Seit den frühen 1990er Jahren hat die Regierung Verträge zur Produktionsbeteiligung mit multinationalen Konzernen für die Ausbeutung der Gasreserven abgeschlossen. Doch diese Abkommen wurden zu einer Falle. Darin verpflichtet sich die Regierung, das eigene Gas für einen viel höheren Preis zu erstehen, als sie dieses bei einheimischen Unternehmen einkaufen könnten. So hat sich der bangladeschische Staat bei den Betreiberunternehmen hoch verschuldet. Die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank unterstützen den Abschluss solcher Produktionsbeteiligungsverträge. Der aktuelle Vertrag aus dem Jahr 2008 sieht nun vor, dass 80% des geförderten Gases für den Export bestimmt sind. Wie soll das unsere Energieprobleme lösen? Daher fordern wir keine weiteren Produktionsbeteiligungsverträge mehr mit multinationalen Konzernen abzuschließen. Dies gilt auch für Verträge über öffentlich-private Partnerschaften, also die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben. Denn diese haben nur ein Ziel: den Profit der beteiligten privaten Unternehmen. Die Kosten und Schäden trägt der Staat oder viel mehr die Bevölkerung. Wir müssen alle unsere Ressourcen dafür einsetzen, um unsere eigenen Energieprobleme zu lösen und die Industrialisierung des Landes voranzutreiben.

**NETZ:** Wie bewerten Sie das Potential der Gasförderung für Bangladesch?

**Anu Muhammed:** Erst kürzlich wurde ein sehr großes Vorkommen in den Distrikten Sunamganj und Netrakona im Norden des Landes entdeckt. Wenn wir es schaffen, dieses Gasreserven effizient zu fördern, dann können wir unser Energieproblem für viele Jahre lösen. Die Erschließung der natürlichen Gasvorkommen auf dem Festland ist wesentlich sicherer für die Anwohner und umweltverträglicher, als die Förderung von Kohle. Sie sind ein Segen für unser Land. Aber dennoch bleibt das Problem mit den Verträgen zur Produktionsbeteiligung. Die gegenwärtige Energiekrise wird geschickt von Vertretern multinationaler Konzerne und Institutionen genutzt, um Druck auf die bangladeschische Regierung auszuüben, die Gas- und Kohlereserven des Landes schnell zu erschließen. In die Förderverträge bauen sie dann hohe Exportkontingente und einen hohen Kaufpreis ein.

**NETZ:** Bisher haben wir hauptsächlich über Kohle und Gas gesprochen. Öffentlicher Protest regt sich auch gegen das von Indien geplante Staudammprojekt in Tipaimukh. Die indische Regierung sagte vor kurzem zu, keine Entscheidungen zu treffen, ohne die bangladeschische Regierung zu konsultieren. Doch im April 2010 wurde ein Vorvertrag zwischen der zuständigen Landesregierung im indischen Bundesstaat Manipur und dem Betreiberunternehmen über den Bau und Betrieb des Dammes geschlossen. Was sind die Gründe für den Protest gegen das Projekt und was fordern Sie von der Regierung?

**Anu Muhammad:** Das Staudammprojekt in Tipaimukh ist ein Desaster für die Bewohner der betroffenen Region. Alleine im Nordosten Bangladeschs wären Millionen von Menschen von den Auswirkungen dieses Projektes betroffen. Die Wasserverknappung durch den Staudamm hätte einen unmittelbar negativen Einfluss auf die Frucht-

barkeit des Bodens in der Region und somit auf die Nahrungsmittelproduktion. Andere Regionen, wie die jetzt schon durch Überschwemmungen stark betroffenen Flachgebiete im Norden des Landes, würden noch längere Zeit überflutet sein. Durch den geringeren Wasserzufluss in das Ganges-Delta, würden ganze Landstriche entlang der Küste noch stärker versalzen, da Meerwasser immer weiter in das Flusssystem eindringen würde. Die Fruchtbarkeit der Böden würde sich verringern. Viele der Menschen, die von diesen Umweltveränderungen betroffenen wären, müssten ihre Heimat verlassen. So würde sich der ohnehin bereits große Migrationsdruck auf Städte wie Dhaka weiter erhöhen. Der bereits 1974 erbaute Farakka-Staudamm im indischen Bundesstaat Westbengalen hat deutlich gezeigt, welcher massiven Eingriff ein solches Projekt in den natürlichen Lebensraum von Millionen Menschen sowie von Tieren und Pflanzen darstellen kann. Und der geplante Damm in Tipaimukh soll um ein vielfaches größer werden.

Daher protestieren die Menschen in Indien und Bangladesch gegen das Projekt. Die Regierung Bangladeschs macht nicht deutlich genug, dass die Bevölkerung des Landes klar gegen den Staudamm ist. Wir fordern von der bangladeschischen Regierung, dass sie einen Expertenrat einsetzt, der ein unabhängiges Gutachten erstellen soll. Diesem Rat dürfen keine Personen angehören, die auf den Gehaltslisten von Unternehmen stehen. Nur so lässt sich eine breite, mit wissenschaftlichen Fakten unterlegte Front gegen das Projektvorhaben der indischen Regierung errichten und international eine öffentliche Meinung dagegen aufbauen.

**NETZ:** Sie haben bislang vor allem über Protestaktionen gesprochen, mit denen Sie erreichen wollen, dass die Regierung auf ihre Forderungen

eingeht. Welche direkte Kanäle bestehen, über die Sie ihre Bedenken und Forderungen mit politischen Entscheidungsträgern in Bangladesch kommunizieren können?

**Anu Muhammad:** Regierungsvertreter setzen sich nur ungerne mit Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft an einen Tisch. Viel lieber arbeiten sie mit Institutionen wie der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und multinationalen Konzernen zusammen. Teilweise lassen sie sich von diesen sogar nationale Strategiepapiere ausarbeiten. Im Jahr 2009 hatten wir ein Treffen mit Mitgliedern des parlamentarischen Energieausschusses. Dort bekamen wir lediglich mitgeteilt, dass man nicht die Kapazitäten hätte, um sich mit unseren Forderungen und Ideen zu beschäftigen. Wir forderten ein Gesetz, dass den Export aller Bodenschätze untersagt und hatten dafür eine Vorlage eingereicht. Doch unser Papier wurde nicht einmal in die Diskussion eingebracht. Am 26. September 2009 hat dann die aktuelle Regierung ein Gesetz verabschiedet, dass ganz genau das Gegenteil von dem vorgibt, was wir fordern. Zudem enthält das Gesetz einen Passus, dass keine Klagen gegen Entscheidungen des Energieministeriums bei Gericht eingereicht werden dürfen.

Aber wir geben nicht auf. Unser öffentlicher Protest, geprägt vom Gedanken der Gewaltfreiheit, wird weitergehen. Bis wir uns Gehör verschaffen! Die Menschen in Bangladesch haben gekämpft für ihre Sprache, ihre Kultur und ihre Unabhängigkeit. Nun kämpfen wir für die Bodenschätze unserer Heimat.

**NETZ:** Professor Anu Muhammad, vielen Dank für das Gespräch.

*Das Interview führten die NETZ-Mitarbeiter Dirk Saam und Niko Richter an der Jahangirnagar Universität in Savar.*





Foto: Anha Faruque Khan

# Kohle ist nicht essbar

## Auswirkungen des Kohleabbaus in Bangladesch

VON DIRK SAAM UND KAI FRITZE

Wenn die Kohlegrube kommt, wo wird man uns hinbringen? Wenn wir unser Land verlieren, was sollen wir essen? Dies sind Fragen, die sich die Menschen in Phulbari im Nordwesten Bangladeschs seit einigen Jahren stellen. Denn unter ihren Häusern und ihrem Land befindet sich eines der größten Kohlevorkommen Bangladeschs. Die Kohle, so die Befürworter eines Abbaus, sollte im offenen Tagebau gewonnen werden. Antworten auf ihre Fragen haben die Menschen bisher weder von Regierungsseite, noch von den Investoren erhalten. Derweil positionieren sich die Beteiligten: Die Proteste der Bevölkerung weiten sich aus, die Regie-

NETZ 4/2010

nung von Bangladesch verhandelt mit ausländischen Unternehmen und das deutsche Energieunternehmen RWE bestätigt in bangladeschischen Medien die technische Machbarkeit des offenen Kohleabbaus. Ob und wie Kohle gefördert wird, hängt von der Ausrichtung der künftigen Energiepolitik Bangladeschs ab. Bisher ist für die Menschen in Phulbari nur eines sicher: Wir können keine Kohle essen!

### Energiekrise lösen

Die Beweggründe der Regierung dieses Vorhaben durchzusetzen sind klar: Bangladesch sieht sich zunehmend Engpässen bei der Energieversorgung ausgesetzt. Die

Regierung befürchtet Auswirkungen auf die wirtschaftliche Produktivität des Landes, beispielsweise hinsichtlich des störungsfreien Produktionsablaufs in der Textilindustrie, die 80% der Exporteinnahmen ausmacht. Aber auch in den ländlichen Regionen wächst die Energienachfrage stetig. Rund 75% der Bevölkerung Bangladeschs leben auf dem Land. Angeschlossen an das Stromnetz sind bisher weniger als ein Viertel der Haushalte.

### Proteste aus der Bevölkerung

Im August 2006 fand die bis dato größte Protestaktion gegen den offenen Kohleabbau in Bangladesch statt. Heftig kritisiert wurde da-

mals auch das britische Betreiberunternehmen Asia Energy für seine intransparente Geschäftspolitik. An den Protesten beteiligten sich über 50.000 Menschen, bis die Situation außer Kontrolle geriet. Drei Menschen wurden damals von Sicherheitskräften erschossen und Hunderte verletzt. Die Regierung stoppte daraufhin die Vorbereitungen zum Kohleabbau. Im Oktober 2010 ging der Protest in eine neue Phase. Eine Woche lang machten sich Akteure der Zivilgesellschaft auf einen 465 Kilometer langen Protestmarsch von Dhaka nach Phulbari, um dem Protest der Bevölkerung eine Stimme zu verleihen.

### Hintergrund der massiven Proteste

Laut der Befürworter des offenen Tagebaus in Phulbari würde sich die Energieversorgung deutlich verbessern. Ein großer Teil der Menschen würde in der Grube angestellt. Menschen, die umgesiedelt werden müssen, würden angemessen entschädigt werden. Ihnen würden weiterbildende Maßnahmen angeboten, falls sich durch die Umsiedlung nicht mehr in der Lage sein sollten, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Das hört sich sinnvoll und durchdacht an. Sind die protestierenden Menschen dagegen, dass sich das Land weiter entwickelt?

Mitnichten. Würde die Kohle in der Region Phulbari im offenen Tagebau gefördert, müssten laut eines von der Regierung Bangladeschs eingesetzten Expertenkomitees 130.000 Menschen umgesiedelt werden. Bis zu 220.000 Menschen aus 150 Dörfern wären zusätzlich durch die massive Absenkung des Grundwasserspiegels betroffen. Diese wäre notwendig, um die 300 Meter tiefe Grube vor dem Volllaufen zu schützen. Brunnen würden versiegen, die Trinkwasserversorgung wäre nicht mehr gewährleistet, die Landwirt-



*Müssten ihre Heimat verlassen, wenn der offene Kohleabbau kommt: Bewohner eines Dorfes in Phulbari.*

schaft geschädigt, die Ernährungssicherheit gefährdet. 80% der für den offenen Abbau vorgesehenen Fläche von 60 km<sup>2</sup> werden landwirtschaftlich genutzt, über zwei Drittel der Haushalte leben von der Landwirtschaft. Durch die Umsiedlung zehntausender Kleinbauern und Kleinunternehmer erhöht sich der Druck auf den ohnehin schon engen Arbeitsmarkt. An ihren neuen Wohnorten kann dieser wachsende Wettbewerb um Arbeitsplätze soziale Konflikte mit dort bereits ansässigen Familien

schüren. In der Grube selbst könnte nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Arbeit finden.

Überdies hat die Region Phulbari Relevanz für die Ernährungssicherung. Die Region liegt leicht erhöht, ist daher nicht von Überschwemmungen betroffen und Garant für die Nahrungsmittelversorgung des ganzen Landes. Phulbari wird daher als „Reiskammer Bangladeschs“ bezeichnet. Das britische Betreiberunternehmen konnte keinen schlüssigen Plan

vorlegen, wie giftige Auswaschungen sowie die Verschmutzung von Boden und Wasser während den geplanten 35 Betriebsjahren verhindert werden können.

### **Kompensationen ungewiss**

„Die Entschädigung von betroffenen Menschen in der Kohleabbau-Region ist unsere wichtigste Aufgabe“, so der Vorsitzende des Energieausschusses der Regierung Bangladeschs. Eine Land-zu-Land Entschädigung für die umzusiedelnden Menschen ist aufgrund der Besiedlungsdichte unmöglich und daher auch nicht vorgesehen. Somit bleibt einzig die finanzielle Kompensation, deren Funktionsfähigkeit aber durch Korruption und Klientelismus unterminiert wird. Beim Bau der Jamuna-Brücke in den 1990er Jahren wurden tausende Familien umgesiedelt. 90% der 15.000 anspruchsberechtigten Haushalte gaben damals an, Geld gezahlt zu haben, um überhaupt Kompensationsleistungen zu erhalten. Der Großteil der auf den Schwemmlandinseln im Fluss lebenden Familien ohne Landbesitz erhielt gar keine Entschädigung.

Ähnliche Probleme treten schon im Alltag auf: Leistungen, die im Rahmen des staatlichen sozialen Sicherungssystems an Bedürftige ausgezahlt werden sollen, kommen bei diesen häufig nicht an. Zugang zum Rechtssystem, um ihren Anspruch einzuklagen, haben die Anspruchsberechtigten nur in seltenen Fällen, da sie zu den Ärmsten der Armen gehören und somit sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. In Phulbari sind knapp 20% der Bevölkerung Angehörige religiöser und indigener Minderheiten. Insbesondere diese Gruppen sind von sozialer Exklusion betroffen und haben in Bangladesch kaum Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie sonstigen staatlichen Dienstleistungen. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese

NETZ 4/2010

Gruppen angemessene Kompensationsleistungen erhalten, um mit diesen neue Existenzen aufbauen und ein menschenwürdiges Leben führen können, ist äußerst gering.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) ist 2008 aus der Finanzierung des Kohletagebaus ausgestiegen, da ein Verstoß gegen die eigene Umsiedlungs-Richtlinie vorlag. Demnach müssen Menschen, die im Rahmen von Umsiedlungsmaßnahmen ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen verlieren, gleichwertig kompensiert werden – wer Land verliert, muss Land erhalten. Überdies sagt die UN-Erklärung zu Rechten indigener Minderheiten, dass diese nicht durch Zwang von ihrem Land vertrieben und umgesiedelt werden dürfen. Bangladesch hat diese Erklärung zwar nicht ratifiziert, doch wenn die ADB sich aufgrund von Verstößen gegen Richtlinien zurückzieht, muss sich jede Regierung und jedes international agierende Unternehmen hinterfragen, ob man Teil der Durchführung eines solchen Hochrisiko-Projektes sein möchte. Zumal wenn zusätzlich auch Verstöße gegen internationale Erklärungen vorliegen und eine Verschärfung der Ernährungssituation besteht.

### **Neuer Name – neue Strategie**

Der Protest der Bevölkerung scheint zumindest partiell gewirkt zu haben. Im November 2010 hat Asia Energy, jetzt unter dem Namen Global Coal Management Resources agierend, zwar einen Eilantrag an die Regierung Bangladeschs gestellt, dem offenen Kohletagebau zuzustimmen – aber nicht im protestbeladenen Phulbari, sondern im benachbarten Barapukuria. Hier wird bereits Kohle unter Tage gefördert. Nun möchte das Betreiberunternehmen dort den Bergbau in offenen Tagebau umwandeln.

In Juni 2010 hatte RWE in einem bangladeschischen Energie-Maga-

zin erläutert, dass es sinnvoll sei, zunächst in Barapukuria Kohle im Tagebau zu fördern, um dann den offenen Abbau sukzessive nach Phulbari auszuweiten. Einziger Nachteil laut RWE: Für einen offenen Abbau in Barapukuria liegen, im Gegensatz zu Phulbari, keine Studien zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen vor. Diese müssten erst erstellt werden und so den Beginn des offenen Kohleabbaus weiter verzögern.



*Dirk Saam ist entwicklungspolitischer Referent bei NETZ.*



*Kai Fritze macht seit August 2010 einen einjährigen Freiwilligendienst bei der NETZ-Partnerorganisation Jagorani Chakra Foundation.*

# Das Recht auf Nahrung verwirklichen

Konflikte um die Ressource Land

NIKO RICHTER

**I**n Bangladesch leben drei von vier Familien in ländlichen Regionen. Knapp die Hälfte der 160 Millionen Einwohner ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Größtenteils sind sie Kleinbauern, die nicht genügend eigenes Land besitzen, um davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Daher müssen sie die Felder reicher Nachbarn bestellen oder sich andere Arbeit suchen, um ihre Familien zu ernähren. Kein anderer Flächenstaat der Welt ist dichter besiedelt als Bangladesch, das gerade einmal doppelt so groß wie Bayern ist. Die Bevölkerung von den Erträgen der eigenen Nahrungsmittelproduktion zu ernähren, ist bereits heute eine immer schwerer zu lösende Aufgabe. Was passiert, wenn im Zuge der Industrialisierung immer weitere Flächen durch neue Großprojekte nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen? Und die in der Landwirtschaft tätigen Landlosen, von denen viele bereits jetzt zu den Ärmsten gehören, ihre Existenzgrundlage verlieren?

Foto: Lukas Jednicki

## Landkonflikte

Der Begriff Landnahme, im Englischen „land grabbing“, bezeichnet international die aktuelle Entwicklung, dass multinationale Unternehmen, Händler von Anlagefonds und auch Nationalstaaten große Landflächen pachten oder kaufen. Land wird erworben für den Anbau von Grundnahrungsmitteln oder Energiepflanzen. Im Zentrum des Interesses: der eigene Nahrungsmittelbedarf oder der Profit durch die Herstellung von Biotreibstoffen. In den betroffenen Ländern verknappt sich so die für die Landwirtschaft zur Verfügung stehende Anbaufläche. Im internationalen Vergleich spielt Bangladesch dabei gegenwärtig noch keine Rolle. Unterschiedliche Interessen der Landnutzung gehören aber auch hier zum Alltag. Die Gerichte des Landes werden der Anzeigenflut aufgrund von Landstreitigkeiten nicht mehr Herr. Angaben der NGO Association for Land Reform and Development zufolge, beschäftigen sich 80% aller Verfahren damit.

Diese Konflikte haben mehrere Gründe. Die Ressource Land ist bereits jetzt knapp. Zusätzlich zur zunehmend dichteren Besiedlung des Landes, hat auch die Industrialisierung Anteil daran. Immer größere Landflächen werden so unbrauchbar für die Landwirtschaft. Und bei weitem nicht alle der Landarbeiter finden Arbeit in den neuen Industriezweigen, die oft speziell ausgebildetes Personal benötigen. Siedeln sie an andere Orte um, dann erhöht sich dort automatisch der Druck auf den lokalen Arbeitsmarkt. Konflikte mit den dort bereits lebenden Menschen sind vorprogrammiert. Zum anderen kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen über die Frage von Landbesitz. Das schwächste Glied sind die ärmsten Familien und Angehörige religiöser und indigener Minderheiten.

Oft besitzen sie keine Dokumente über ihren Landbesitz (siehe Kas ten aus Seite 14). Bei Landstreitigkeiten werden sie von den lokalen Behörden nur selten unterstützt. Durch die zunehmende Verknappung von Land, wachsen auch die Begehrlichkeiten. Und dabei kommen immer öfter illegale Methoden zum Einsatz: Falschanzeigen, Gewalt und Vertreibung. Gegen einflussreiche Personen mit Geld und ineffektive und bisweilen korrupte Gerichte sind die Ärmsten fast immer chancenlos.

Die geplante Digitalisierung des Landbesitz-Register, finanziell und logistisch unterstützt vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, wird von Vertretern der Zivilgesellschaft Bangladesch als richtiger Schritt begrüßt. Doch sie äußern auch Bedenken. Eine computergestützte Erfassung von Landbesitz setzt voraus, dass zuvor alle Landstreitigkeiten rechtlich geklärt werden müssen. Dies bedeutet, das insbesondere auch traditionelle Landnutzungsrechte Berücksichtigung finden. Einige sehen im neuen Register einen Türöffner für multinationale Unternehmen. Nach der Klärung der Landbesitzfrage müssen sie nicht mehr befürchten, jahrelang in Rechtstreitigkeiten beim Erwerb von Land verwickelt zu werden, bevor sie mit dem Bau und der Produktion beginnen können. Dies könnte Bangladesch zukünftig auch stärker in den Fokus von Investoren bringen, die den Nahrungsmittelbedarf anderer Staaten sichern oder Energiepflanzen anbauen wollen.

### Der Preis des Fortschritts

Die Regierung hat ehrgeizige Ziele, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben. Zu den bereits acht bestehenden Freihandelszonen sollen schnell weitere hinzukommen. In Chittagong wird gerade die erste Zone errich-

tet, die die dort produzierten Produkte ausschließlich in ein Land exportieren wird: nach Südkorea. Weitere Freihandelsgebiete sind in der Planung: Japan, China und auch Deutschland habe ihr Interesse bekundet. Zusätzlich will die Regierung, auf Empfehlung der Weltbank, vier Wirtschaftszonen errichten. Neue Flughäfen und Werftausbauten in Chittagong sowie Mongla sind in Planung. Jedes dieser Projekte benötigt hunderte oder gar tausende Hektar Land. Würde der geplante offene Kohleabbau in Phulbari im Nordwesten des Landes umgesetzt, müssten laut einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Expertenstudie 130.000 Menschen umgesiedelt werden.

So haben alle Infrastrukturprojekte unmittelbare Auswirkungen auf die Situation der ärmsten Familien und die Nahrungssicherheit des Landes, denn weniger Ackerfläche bedeutet auch immer eine geringe Produktion. Ein nationales Nahrungsmitteldefizit muss durch Importe ausgeglichen werden. Und die Abhängigkeit vom Weltmarkt kann schwerwiegende Folgen haben. FIAN (Food-First Informations- und Aktions-Netzwerk) setzt sich international für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ein. Der Organisation zufolge stiegen in den afrikanischen Ländern die Ausgaben für Getreideimporte zwischen 2006 und 2008 um 130%. Das strukturelle Problem der Weltmarktabhängigkeit führe zwangsläufig zu mehr Hunger, so FIAN. Im Jahr 2009 stieg die Zahl der Hungernden weltweit auf über 1 Milliarde - trotz Rekordernnten. Durch den Wegfall von Millionen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und steigende Importausgaben, verschärfen sich Armut und soziale Konflikte. Gleichzeitig steigt die Zahl der Landlosen und der Slums - das gilt auch für Bangladesch.

## Industrialisierung: Zwei Einschätzungen

Welche Lösungsansätze gibt es? Mahmoodul Haque, ehemaliger Geschäftsführer des bangladeschischen Energieunternehmens Delta Pacific Mining, schreibt im Juli 2010 zu den Auswirkungen des geplanten Kohleabbaus in Phulbari im Forum-Magazin des Daily Star: „Wir brauchen das Opfer unserer Mitbürger im Nordwesten zum Wohl der Nation. So wie es einst unsere Landsleute im Süden erbrachten, als der Staudamm in Kaptai gebaut wurde.“ Zwischen 1957 und 1963 errichtete die pakistanische Regierung bei Kaptai im Rangamati-Distrikt einen Staudamm, um Elektrizität aus Wasserkraft zu gewinnen. Der Damm überflutete etwa 220 km<sup>2</sup> und nahm den Kleinbauern so 40% ihres Ackerlandes. 100.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, waren betroffen. Nur wenige erhielten eine Entschädigung, Tausende flohen vor dem aufgestautem Wasser nach Indien.

Für Hossain Zillur Rahman, Vorsitzender des Power and Participatory Research Centre, hingegen steht der Kaptai-Damm für ein bedauerliches Beispiel verfehlter Infrastrukturpolitik. „Um die veraltete

Infrastruktur zu verbessern, sind neue Projekte in allen Bereichen notwendig. Aber einige dieser Projekte, die eigentlich das Ziel haben Armut zu reduzieren, können bei unzureichender Planung genau das Gegenteil bewirken“, erläutert der ehemalige Minister der letzten Übergangsregierung. Aus diesem Grund fordert er eine umsichtige Strategie bei der Planung von Großprojekten, die alle sozialen und ökonomischen Auswirkungen berücksichtigt. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung und Unternehmer des Landes seiner Einschätzung folgen.

### Fazit

Die Proteste der Menschen in Bangladesch gegen geplante Großprojekte, wie in Phulbari und gegen den Tipaimukh-Staudamm in Indien, oder die Zerstörung fruchtbaren Ackerlandes durch die industrielle Garnelenindustrie in der Küstenregion, richten sich nicht gegen den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes. Sie fordern von der Regierung und den beteiligten nationalen und internationalen Unternehmen, dass ihr Rechte gewahrt werden. Bangladesch hat den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Da-

mit hat sich das Land verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. Dies muss auch die Grundlage für die Umsetzung aktueller und die Planung neuer Großprojekte sein.

Ein wesentliches Ziel von Industrialisierung ist, mehr Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen. Das muss insbesondere für die Menschen gelten, die von den Auswirkungen dieser Projekte betroffen sind. Ausgangspunkt für alle Planungen muss der Austausch mit den Betroffenen sein. Die Regierung steht vor der großen Herausforderung Lösungen zu finden, die die Interessen der Bürger wahren und die den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt nicht gefährden. Die Vertreter der Zivilgesellschaft in Bangladesch werden diese Entwicklung genau verfolgen.



*Niko Richter ist Redaktionsleiter dieser Zeitschrift.*

## Landkonflikte: Ein aktuelles Beispiel

27. November 2010. Einhundert bewaffnete Männer attackieren die Bewohner des Dorfes Aluari im Dinajpur-Distrikt im Nordwesten Bangladeschs. Mindestens sechs Personen werden verletzt, Häuser beschädigt und auf dem Friedhof der Gemeinde dutzende Bäume gefällt. Grund für den Angriff ist das Land, auf dem die Menschen siedeln. In dem Dorf leben 30 Familien, die einer indigenen Minderheit angehören. Seit 1947 leben hier Angehörige dieser

Minderheit. Das Land wurden ihnen zunächst mündlich zugesprochen. Ohne schriftlichen Beweis waren sie immer der Gefahr ausgesetzt, von dem Land vertrieben zu werden. Im Jahr 1985 wurde mit der zuständigen Landbehörde vertraglich festgehalten, dass das Land dem Staat gehört, sie aber ein Wohn- und Nutzungsrecht haben. Bedingung: Zahlung einer jährlichen Pachtgebühr in Höhe von umgerechnet 10 Euro. Alle Familien legten zusammen und

bezahlten das Geld wie vereinbart. Sie erhielten jedoch nicht in allen Fällen eine Zahlungsbestätigung. Daraus wird ihnen nun von einflussreichen Leuten aus der Gegend ein Strick gedreht: Sie hätten nicht regelmäßig die Pachtgebühr gezahlt und müssten das Land umgehend verlassen. Mit dem Angriff wurde dieser Forderung Nachdruck verliehen.

# Fader Beigeschmack

Die Folgen der industriellen Garnelenzucht in Bangladesch

VON INSA BLOEM UND NIKO RICHTER

**K**hulna, 25. Dezember 2008. Abendlicher Nebel zieht über die Reisfelder des an den Ausläufern des Mangrovenwaldes Sundarbans gelegenen Ortes Dacope im Khulna-Distrikt. Die Luft ist kühl und schmeckt salzig an diesem ruhigen Winterabend. Urplötzlich zerreißt die Stille: Schreie, Motorengeräusche. Eine Gruppe von über 3.000 aufgebrachten Bewohnern des Ortes jagt eine Bande von Männern, die auf Motorrädern über die schmalen Pfade zwischen den Feldern vor ihnen flüchtet.

Kurz zuvor hatten die Flüchtigen versucht eine Schleuse zu öffnen, um die Felder der Anwohner mit Salzwasser zu überfluten. Ihre Auftraggeber: skrupellose lokale Produzenten von Salzwassergarnelen. Diese sind hauptsächlich für den Export bestimmt und für ihre Aufzucht werden immer wieder neue Landflächen benötigt. Doch das Salzwasser zerstört fruchtbares Acker- und Weideland langfristige Reispflanzen, Obstbäume, Nutztiere- alles muss Platz machen für die profitbringenden Krustentiere.

### **Industrielle Garnelenzucht**

Bereits Ende der 1970er Jahre hielt die industrielle Zucht von Garnelen Einzug in Bangladesch. Im Zuge der steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt wurden seitdem immer größere Flächen in den südlichen Küstenregionen Bangladeschs für die Zucht erschlossen. Abul Barkat, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Dhaka, zufolge sind in Bangladesch Millionen Menschen von den negativen Auswirkungen betroffen. In der Aussicht auf ein lukratives Exportgeschäft, wurden von Unternehmern ganze Landflächen künstlich mit Salzwasser überschwemmt und Zuchtbecken angelegt. Inzwischen vereinnahmt die Industrie eine Fläche von über 1.400 km<sup>2</sup>. In ganz Bangladesch sind gegenwärtig 65.000 Menschen in dem Industriezweig beschäftigt, 80% sind Frauen. Im Geschäftsjahr 2008-2009 erzielten Garnelen aus Bangladesch Exporteinnahmen von rund 260 Millionen Euro. Den Warenkorb im Segment Tiefkühlkost, dem dritt wichtigsten Exportsektor des Landes, dominieren sie mit einem Anteil von 75%. Drei von vier der ausgeführten Garnelen landen auf Tellern von Bürgern der Europäischen Union. In den letzten Jahren geriet der Industriezweig wegen der hohen Schadstoffbelastung durch Antibiotika

der für Erkrankungen anfälligen Garnelen negativ in die Schlagzeilen. Seit 2005 fielen über 60 Lieferungen an die EU durch die Qualitätskontrolle und konnten nicht ausgeführt werden. Ein herber Rückschlag für den gesamten Industriezweig, der seit Jahren mit sinkenden Einnahmen kämpft.

### **Ein Geschäft ohne Rücksicht auf Verluste**

Die Auswirkungen der industriellen Garnelenzucht auf Umwelt und Bevölkerung sind verheerend. So hat die exzessive Zucht das ökologische Gleichgewicht der Region weitgehend zerstört und somit auch die Lebensbedingungen und Ernährungssituation der ansässigen Bevölkerung erheblich erschwert. Grund- und Trinkwasser sind durch Salz stark verunreinigt. Dies führt zu Durchfallerkrankungen und anderen Krankheiten. Für die Produktion wurden massive Rodungen von Mangrovenbeständen an der Küste durchgeführt. Mit der Folge, dass die Anwohner immer weniger durch diesen natürlichen Schutzwall vor Fluten oder Wirbelstürmen geschützt werden.

„Die Garnelenzucht ist sehr ungerecht. Sie macht die Menschen ärmer und ist ökologischer Selbstmord. Viele Menschen wurden von ihrem Land vertrieben. Dies hat die Nahrungssicherheit und die Umwelt zerstört und die ganze Landwirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Und das organisierte Verbrechen hat in der gesamten Küstenregion Bangladeschs erheblich an Einfluss gewonnen“, berichtet Abul Barkat. Am schlimmsten von den Folgen betroffen sind die ärmsten Familien, die von der Feldarbeit in der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt bestreiten. Arbeit finden sie immer seltener. In der Garnelenproduktion gibt es bei weitem nicht genügend Arbeitsplätze, um die durch

die Auswirkungen in der Landwirtschaft wegfallenden zu ersetzen. „Während die Menschen früher in diesen sehr fruchtbaren Regionen von den Erträgen eines natürlichen und vielfältigen Ernterhythmus lebten, hungern sie nun inmitten von Zuchtanlagen“, berichtet Khushi Kabir. Sie ist die Geschäftsführerin der NGO Nijera Kori und engagiert sich seit über 20 Jahren gegen die Auswirkungen der industriellen Garnelenzucht.

Insbesondere Frauen sind von den negativen Auswirkungen der industriellen Garnelenzucht betroffen. Früher konnten sie eine große Vielfalt von Ernterträgen auf den lokalen Märkten anbieten. Doch nachdem die Versalzung von Wasser und Böden das Vorkommen von Süßwasserfischen und Nutzpflanzen nach und nach zerstörte, mussten sie Arbeit in der Garnelenindustrie suchen, um ein Einkommen zu erwirtschaften. „Im Produktionsablauf sind wir vielen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Unser Gehalt bekommen wir oft monatelang nicht ausbezahlt“, so Rahela Begum, Angestellte einer Garnelenfabrik im Khulna-Distrikt. Andere Frauen berichten von Gewalt und sexueller Belästigung durch Vorgesetzte. Auch die ehemaligen Landbesitzer in der Küstenregion gehören zu den Verlieren: durch massiven Druck, gewaltsame Enteignungen und die Manipulation von Landbesitzurkunden raubte man ihnen die Lebensgrundlage.

Ein weiteres Problem ist die flächenmäßige Ausbreitung der Zuchtgebiete. Die Garnelenzucht ist örtlich eine kurzlebige Geschäft. Sie erzeugt eine Umweltverschmutzung, die ihr selbst ein Ende setzt. Die meisten Teiche sind bereits nach fünf Jahren für die Zucht unbrauchbar. Doch diese Zeit reicht, um Profit zu machen. So werden immer wieder neue Landflächen gebraucht. Viele



Jahre vergehen jedoch, bevor der versalzte Boden wieder für die Landwirtschaft genutzt werden kann. Dies erzeugt einen enormen Druck auf den ohnehin bereits engen lokalen Arbeitsmarkt.

### Die Akteure bleiben im Dunkeln

Gefragt nach den eigentlichen Profiteuren des Exportgeschäfts antwortet Khushi Kabir: „Das Netzwerk aus Unternehmen der Industrieländer, den Betreibern von Zuchtanlagen und Lokalpolitikern ist ein undurchsichtiges Geflecht aus ökonomischen und persönlichen Interessen. Versuche Transparenz zu schaffen und sich gegen diese Form der Ausbeutung aufzulehnen, können ausgesprochen gefährlich sein.“ So wurden die Protestbewegung der landlosen Bevölkerung mehrfach gewaltsam niedergeschlagen. Oft wurden Landbesitzer, die sich weigerten ihr Land zu verkaufen, durch falsche Anzeigen vor Gericht gebracht. So konnten sich die Unternehmer ihr Land aneignen. Nijera Kori zufolge verloren im Kampf gegen korrupte Unternehmer und deren Handlanger viele Kleinbauern und einige Journalisten ihr Leben.

### Die Betroffenen unterstützen

Das Bewusstsein für die fatalen Auswirkungen der Garnelenzucht hat jedoch in den letzten Jahren einzelne Vertreter aus der Politik erreicht. Nani Gopal Mandal, Parlamentsabgeordneter der Awami League für den Wahlkreis Dacope, unterstützt bei öffentlichen Auftritten die Interessen der Betroffenen und ermutigt sie, ihren Protest fortzusetzen. Ein wichtiger Schritt, doch weitere müssen folgen. „Durch die Verflechtungen zwischen korrupten lokalen Politikern und Exporteuren, gibt es nur wenig Aussicht auf Erfolg. Die betroffenen Menschen werden

durch keine Behörde geschützt“, konstatiert Khushi Kabir ernüchtert und fährt fort: „Ein wichtiger Schritt wäre ein elektronisches Register zur Dokumentation und Kontrolle von Landbesitz, um die Manipulation von Besitzurkunden zu verhindern.“

Aber auch die Verbraucher in den Industrieländern, durch deren stetig steigende Nachfrage dieser Industriezweig in Bangladesch in den letzten Jahrzehnten sein rasantes Wachstum erfuhr, stehen in der Verantwortung – ebenso wie die Import-Unternehmen. Im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung und gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft, den Unternehmen und der Regierung muss eine langfristige Strategie erarbeitet werden, wie eine ökologisch nachhaltige Garnelenzucht betrieben werden kann. Ohne die Böden, die Lebensgrundlage für Millionen Menschen, über viele Jahre unbrauchbar für die Landwirtschaft und Viehzucht zu machen. Die Umstellung auf die bereits in Bangladesch betriebene Zucht von Süßwassergarnelen kann dabei ein Schritt sein.



*Insa Bloem macht einen einjährigen Freiwilligendienst bei der NETZ-Partnerorganisation Ain o Salish Kendra.*



*Niko Richter ist Redaktionsleiter dieser Zeitschrift.*

# SÜDASIEN

## Zeitschrift des Südasiensbüro e.V. in Bonn

Aktuelle Berichte und Themenschwerpunkte aus

**Südasiens:  
Afghanistan  
Bangladesch  
Bhutan  
Indien  
Nepal  
Pakistan  
Sri Lanka**

SÜDASIEN berichtet viermal jährlich über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien.

**Die Zeitschrift kann bestellt werden bei:**

**SÜDASIEN**  
Postfach 140 110  
53056 Bonn  
Tel. 0176 – 26100979  
E-Mail: [suedasiensbuero@suedasien.de](mailto:suedasiensbuero@suedasien.de)

Bezugsbedingungen der Zeitschrift:  
Einzelheft: 6,50 Euro  
Doppelheft: 13 Euro

Jahresabonnement:  
Inland: 26 Euro  
Ausland: 32 Euro

## MELDUNGEN AUS BANGLADESCH

### Rückgabe von enteignetem Land

Hinduistische Parlamentsabgeordnete der regierenden Awami League haben Premierministerin Sheikh Hasina aufgefordert, dass „Gesetz zur Rückgabe von übertragenem Eigentum“ (Vested Property Return Act) umzusetzen. Dieses bezieht sich auf das „Gesetz zum übertragenen Eigentum“ (Vested Property Act) von 1974, auf Grundlage dessen willkürlich Landbesitz beschlagnahmt werden konnte. Insbesondere der Besitz von Hindus und anderer Minderheiten wurde konfisziert. Bereits seit 1948 bestanden im damaligen Pakistan eine ganze Reihe ähnlich Gesetze. 2001 war das Rückgabe-Gesetz von der damaligen von Awami League geführten Regierung verabschiedet worden. Doch durch die kurz darauf folgende Parlamentswahl übernahm die Bangladesh Nationalist Party unter Premierministerin Khaleda Zia die Amtsgeschäfte und das Gesetz wurde nicht mehr implementiert.

Seit ihrer Wiederwahl Ende 2008 versprechen führende Politiker der Awami League den religiösen und indigenen Minderheiten regelmäßig, die Konfiszierungen ihres Landes rückgängig zu machen. In einer Studie aus dem Jahr 1997 schrieb Professor Abul Barkat, dass rund 925.000 Familien, also ungefähr 40% aller Hindu-Familien des Landes, von den Enteignungen betroffen sind. Ihnen wurde mehr als die Hälfte ihres Landes weggenommen. Dieses ging oft in den Besitz von Politikern verschiedener politischer Parteien über. (ph)

### Kritik an Strafjustiz

Am 10. Oktober 2010, dem weltweiten Tag gegen die Todesstrafe, veröffentlichte die International Federation for Human Rights gemeinsam mit der bangladeschischen Menschenrechtsorganisation Odhikar die Ergebnisse einer Untersuchung zur Strafjustiz in Bangladesch. Der Bericht beschreibt, wie die Strafvollzugsbehörden in Bangladesch gegenwärtig im Rahmen strafrechtlicher Verfolgungen mit mutmaßlichen Tätern umgehen. Im Zentrum der Studie standen vor allem verdächtige Personen, die infolge des von der Regierung ausgerufenen Kampfes gegen den Terrorismus verhaftet worden sind. Untersucht wurde, auf welcher rechtlichen Grundlage die Personen verhaftet worden sind, ob sie in Untersuchungshaft gefoltert wurden und ob faire Verfahren gewährleistet wurden. Der Bericht kritisiert, dass es im Zuge der Anti-Terror-Maßnahmen zunehmend zu Menschenrechtsverletzungen komme. Das „Anti-Terrorismus-Gesetz“ (Anti-Terrorism Act, 2009) gebe der Exekutive weitreichende Rechte, die regelmäßig zur Verletzung von Grundrechten führe. Auch der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte bei der Bekämpfung von Terrorismus kritisiert das Vorgehen der bangladeschischen Regierung.

Der Odhikar-Bericht kritisiert zudem die Todesstrafe, die langen Verzögerungen bei Gerichtsverfahren, die Korruption im Justiz- und Polizeiwesen sowie die schlechten Zustände in den Gefängnissen. Auch Amnesty International kriti-

siert die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe in Bangladesch und forderte den Präsidenten auf, zum Tode Verurteilte zu begnadigen. (ph)

### Neue Kohlekraftwerke

Ende August 2010 unterzeichneten zwei staatliche Unternehmen aus Indien und Bangladesch eine gemeinsame Absichtserklärung in der Nähe der bangladeschischen Städte Chittagong und Khulna zwei neue Kohlekraftwerke zu errichten. Bangladesch möchte damit seinem Defizit bei der Energieversorgung begegnen. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes werden zwei je 1.320-Megawatt-Kohlekraftwerke errichtet. Die geplanten Kosten von zirka 2,2 Milliarden Euro werden geteilt. Indien wird als Betreiber agieren. Unklar ist, woher die Kohle für die Kraftwerke stammen soll. Im Gespräch sind Importe aus Australien und Indonesien. Bereits im Januar haben die beiden Nachbarstaaten vereinbart, im Bereich der Energiepolitik zu kooperieren. Auch die Entwicklung von erneuerbaren Energien soll Teil der Zusammenarbeit werden. (ph)

### Verhaftung von Gewerkschaftsführern

Während der Proteste der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Textilindustrie für einen höheren Mindestlohn im August 2010 hat die Regierung mehrere bekannte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verhaftet. Einige der Inhaftierten sind inzwischen auf Kautions aus dem Gefängnis ent-

lassen worden, darunter auch Kalpona Akter und Babul Akther von der Textilgewerkschaft Bangladesh Center for Worker Solidarity. Gegen andere laufen weitere Verfahren. Beide waren am 12. August 2010 ohne begründeten Vorwurf festgenommen worden. Sie haben sich, wie zahlreiche anderen Gewerkschaften und Organisationen, für einen monatlichen Mindestlohn von 5.000 Taka, zirka 50 Euro, für die über zwei Millionen Textilarbeiterinnen in Bangladesch eingesetzt. Seit dem 1. November 2010 wird ein neuer Mindestlohn von 3.000 Taka bezahlt. Im Anschluss an diese Ankündigung kam es zu tagelangen Protesten der Angestellten. Diese wurden von der Polizei teils mit Gewalt niedergeschlagen. (ph)

## Dhaka-Erklärung zu Menschenrechten

Bei einer internationalen Tagung Mitte November 2010 in Bangladesch, die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und der Nationalen Menschenrechtskommission des Landes organisiert wurde, ist die Dhaka-Erklärung zu Menschenrechten und Nationalen Menschenrechtskommissionen verabschiedet worden. Die Erklärung bekräftigte, dass nationale Menschenrechtskommissionen mit einem Mandat ausgestattet sein müssen, das den Pariser Prinzipien von 1993 entspricht. Die Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen definieren die Ausgestaltung nationaler Menschenrechtsorganisationen. Dazu gehören ein klarer Auftrag, eine ausreichende Finanzierung und Infrastruktur. Zudem sollen sie gegenüber der Regierung unabhängig sowie pluralistisch zusammengesetzt und vor allem für besonders schwache Gruppen zugänglich sein.

Die Tagung kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Nationalen NETZ 4/2010

le Menschenrechtskommission in Bangladesch Druck auf die Regierung ausüben müsse, damit diese 1. die UN-Übereinkommen zum Schutz von Menschenrechten vollständig ratifiziert, unter anderem zu Rechten von Frauen und von indigenen Gruppen, 2. sicherstellt, dass die Verfassung und Gesetzgebung mit internationalen Standards korrespondiert und 3. gewährleistet, dass der Friedensvertrag in den Chittagong Hill Tracts umgesetzt wird. Ferner regten die Teilnehmenden an, dass sich die Menschenrechtskommission für die Umsetzung des Rechtes auf Nahrung, insbesondere von Kindern und Frauen, einsetzen solle und ihre Aktivitäten mit Vertretern aus der Zivilgesellschaft abstimmt. (ph, ds)

## Frachtschiffe für deutsche Reederei

Im Auftrag der deutschen Reederei Grona Shipping mit Sitz im niedersächsischen Papenburg wurden in der Werft in Chittagong zwei einhundert Meter lange Frachtschiffe gebaut. Es sind die bislang größten in Bangladesch hergestellten Schiffe. Laut der Tageszeitung Financial Express hob der deutsche Botschafter Holger Michael anlässlich der Übergabe die wachsende Bedeutung der bangladeschischen Schiffindustrie und deren gute internationale Reputation hervor. Auch Martin Biesel, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wohnte der Übergabe bei. Er bezeichnete den Bau der Schiffe als großen Erfolg für Bangladesch und stellte in Aussicht, dass dadurch ein Anreiz für weitere private Investoren aus Deutschland geschaffen wird. Der bangladeschische Industrieminister Dilip Barua kündigte an, dass die Regierung beabsichtigt die Schiffbauindustrie weiter auszubauen und gab das Ziel aus, ab dem Jahr 2015 jährlich umgerechnet 3,75

Milliarden Euro durch den Export von Schiffen einzunehmen. (nr)

## Gesetz gegen häusliche Gewalt

Das bangladeschische Parlament hat Anfang Oktober 2010 ein neues Gesetz verabschiedet, das Opfer häuslicher Gewalt besser schützen soll. Das Gesetz (Domestic Violence Prevention and Protection Bill, 2010) ermöglicht es den Opfern, Anzeige bei Gericht einzureichen und dort Informationen über ihre Rechte und die Möglichkeiten einer medizinischen Behandlung zu erhalten. Um dies zu gewährleisten, plant die Regierung auf den verschiedenen Verwaltungsebenen neue Beratungsstellen zu schaffen. Das im neuen Gesetz verwendete Verständnis von häuslicher Gewalt beinhaltet physische sowie psychische Gewalt, ihre Androhung, sexuelle Belästigung, mündliche Beschimpfungen und Einschüchterungen.

Das neue Gesetz ist ein Erfolg für die Zivilgesellschaft in Bangladesch. Seit Jahren fordern Menschenrechtsorganisationen ein Gesetz, das einen neuen Straftatbestand der häuslichen Gewalt schafft und den Opfern den Rechtsweg erleichtert. Häusliche Gewalt ist in Bangladesch weit verbreitet: Eine Studie des UN-Bevölkerungsfonds aus dem Jahr 2009 ergab, dass rund 60% der Frauen in Bangladesch unter Gewalt in der Familie leiden. Südasien gehört laut UN-Entwicklungsbericht weltweit zu den Regionen mit der höchsten Rate an häuslicher Gewalt. (ph)

Meldungen zusammengestellt von: Patrizia Heidegger (ph), Niko Richter (nr) und Dirk Saam (ds).

DIALOG UND LERNREISE

## Die „Eine Welt“ gestalten



Foto: Niko Richter

Die Teilnehmenden unterstützen die Aktion „Steh auf gegen Armut“.

Fünf Schülerinnen und sowie Jaganmoy Paul von der bangladeschischen Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra und Keramot Ali, Mitarbeiter im NETZ-Landesbüro in Dhaka, hatten zwischen dem 2. und 20. September 2010 die Gelegenheit Deutschland zu besuchen. Auf ihrer Reise machten sie Station am Michael-Ende-Gymnasium in Tönisvorst, dem Otto-Hahn-Gymnasium in Bergisch Gladbach und an der Goetheschule in Wetzlar. Im Mittelpunkt der Begegnung stand der Austausch und die Projektarbeit der Jugendlichen aus Bangladesch mit den Schülerinnen und Schülern der drei teilnehmenden Schulen. Themen waren unter anderem Globales Lernen, Grundbildung und Menschenrechte. Die NGO-Mitarbeiter berichteten von ihrer Arbeit in Bangladesch und diskutierten mit den Teilnehmenden der Veranstaltungen, unter anderem auch an einer Grundschule und einem Eine-Welt-Laden, über Möglichkeiten, wie Ehrenamtliche in Deutschland dieses Engagement unterstützen können.

Beim Auswertungstreffen kurz vor der Abreise stellte der 16-jährige Faysal Bin Salah aus Bangladesch erstaunt fest: „Bis jetzt habe ich nicht einmal ein Auto hupen gehört. In Bangladesch gehört das Hupkonzert im Straßenverkehr zum Alltag.“ Auf die Frage, was das beeindruckteste an der Reise war, resümiert die gleichaltrige Sumaiya Akter: „Die Gastfreund-

schaft der Familien der Schülerinnen und Schüler. Ich habe hier viele gute Freunde gefunden und wir werden in Kontakt bleiben. Und ich werde wieder nach Deutschland kommen – bestimmt!“

Das Michael-Ende-Gymnasium und NETZ organisierten die Reise gemeinsam im Rahmen des „Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramms“ (ENSA). Das Michael-Ende-Gymnasium pflegt seit dem Jahr 2000 eine lebhaft Partnerschaft mit Bangladesch. Themen des Landes werden in vielen Fächern behandelt. In Tönisvorst nahmen die Gäste aus Bangladesch auch am diesjährigen Sponsorenlauf der Schule teil. Im kommenden Jahr wird eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften vom Otto-Hahn-Gymnasium in Bergisch Gladbach nach Bangladesch reisen.



Foto: Johanna Kempers

Theateraufführung am Otto-Hahn-Gymnasium in Bergisch Gladbach.

## Fünf Tage Bangladesch

Unter dem Titel „A 5-Day-Trip to Bangladesh“ („Eine fünftägige Reise nach Bangladesch“) zeigt der Fotograf Rolf K. Wegst eine Fotoreportage über das NETZ-Projekt „Ein Leben lang genug Reis“. In Bangladesch reiste er in den Distrikt Joypurhat, um die Veränderungen im Leben der Projektteilnehmerinnen und ihren Familien zu dokumentieren. Einfühlsam bringt der Fotograf in seinen Bildern zum Ausdruck, wie die Menschen gegen den Hunger kämpfen. Stolz und selbstbewusst zeigen sich die abgebildeten Frauen dem Publikum. Geschickt bringt Rolf K. Wegst den Betrachter an das Geschehen und vermittelt Respekt gegenüber den Frauen. Bilder, die in ihrer Klarheit und Stärke überzeugen: Die Menschen können Armut überwinden.

Die Ausstellung im Atrium des Gießener Rathauses am Berliner Platz ist noch bis zum 24. Dezember 2010



Foto: Rolf K. Wegst

Foto der Ausstellung von Rolf K. Wegst.

zu sehen. Der Eintritt ist frei. Ab Januar 2011 kann die Ausstellung auch an anderen Orten gezeigt werden. Anfragen dazu richten Sie bitte an Peter Dietzel:

[dietzel@bangladesch.org](mailto:dietzel@bangladesch.org)

## BILDUNGSARBEIT

## Arbeitskreis Bildung

„Nicht lernen, wie andere sind, sondern welche Bilder wir haben.“ Dieser Satz stand im Mittelpunkt des Seminars zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, das Ende Oktober 2010 in Wetzlar stattfand. Neun ehrenamtlich Aktive aus dem Arbeitskreis (AK) Bildung von NETZ kamen zusammen, um die Bildungsarbeit der Organisation gemeinsam weiterzuentwickeln. Alle Mitglieder des AK Bildung waren in Bangladesch und berichten in bundesweiten Bildungsveranstaltungen von ihren Erfahrungen. „Doch immer wieder drängen sich Fragen auf. Ich fühle mich unsicher, ob ich rüberbringen kann, was für das Land ‚typisch‘ ist, ohne Klischees  
NETZ 4/2010

zu reproduzieren“, sagt Lisa Szepan, eine der Teilnehmenden. Die Referenten von NETZ stehen zu jeder Bildungsveranstaltung vor der Herausforderung, den verschiedenen Facetten Bangladeschs gerecht zu werden und über die Projektarbeit von NETZ und den Partnerorganisationen mit den ärmsten Familien zu informieren. Dabei soll deutlich werden, was Hilfe zur Selbsthilfe ausmacht: dass Menschen Armut und Abhängigkeiten überwinden können, und dabei selbst bestimmen, was für sie „Entwicklung“ ist.

Hilfreiche Tipps für die Bildungsarbeit bekamen die Teilnehmenden des Seminars von Timo Kie-

## Engagierte Schüler

Das Michael-Ende-Gymnasium in Tönisvorst wurde am 15. November 2010 als „Europaschule in Nordrhein-Westfalen“ ausgezeichnet. Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler durch die langjährige Zusammenarbeit mit Bangladesch war ein Kriterium für die Auszeichnung. Schulleiter Paul Birnbrich nahm die Würdigung von Kultusministerin Sylvia Löhrmann im Düsseldorf Landtag entgegen.

## KIRCHENGEMEINDEN Bischof zu Gast

Bischof Kubi Ponen aus Bangladesch war am 23. Oktober 2010 in der Katholischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Birkenfeld zu Gast. Der Bangladesch-Kreis der Gemeinde unterstützt seit 15 Jahren Selbsthilfe-Projekte im Partnerland und setzt sich für den direkten Austausch mit den Menschen dort ein. Begrüßt wurde Bischof Ponen von Mitgliedern der Gemeinde, die sich noch intensiver für die ärmsten Familien in Bangladesch einsetzen möchten. Auch die Sternsinger, die Partner einer Dorfschule in Bangladesch im WeltKlasse-Programm von NETZ sind, begrüßten den Bischof. Johannes-Ulrich Böhm, Sprecher des Bangladesch-Kreises, stellte das Engagement der Gemeinde zur Unterstützung von Selbsthilfefprojekten in Bangladesch vor und nahm Bezug auf seine Reise zu Jahresbeginn in das Land.

Foto: Agata Gornicki



Besucht die Patilbari Adarshagram Dorfschule: Freiwillige Bianca Andersch.

## GESCHÄFTSSTELLE Neue Mitarbeiterin

Nach ihrem Abitur im Jahr 2004 hat Agata Gornicki als NETZ-Freiwillige für ein Jahr in Bangladesch in der Menschenrechts-Theaterarbeit von Ain o Salish Kendra gearbeitet. Die Erfahrungen, die sie bei ihrer Arbeit machte und die Begegnungen in Bangladesch hinterließen einen tiefen Eindruck. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland engagierte sie sich neben ihrem Studium weiterhin als Ehrenamtliche in den NETZ-Arbeitskreisen für die Bildungsarbeit und das Freiwilligenprogramm. In den letzten drei Jahren unterstützte sie als studentische Mitarbeiterin die pädagogische Begleitung entwicklungspolitischer



Schulaustauschbesuche in Bangladesch und Deutschland sowie die Bildungsarbeit und das Freiwilligenprogramm von NETZ. Seit dem 23. November 2010 ist sie im NETZ-Team als Referentin für Freiwilligenarbeit und Partnerschaft Ihre Ansprechpartnerin für den Freiwilligendienst und das Dialog- und Austauschprogramm.

Agata Gornicki  
Tel.: 06441- 26585  
E-Mail: [gornicki@bangladesch.org](mailto:gornicki@bangladesch.org)

## FREIWILLIGENDIENST Jetzt bewerben!

Interesse an einem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst ab August 2011 mit NETZ in Bangladesch? Wir nehmen junge Menschen aus verschiedenen Lebensbereichen auf: mit Haupt- oder Realschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung, Abiturientinnen und Abiturienten, Studentinnen und Studenten oder Fachleute auf der Suche nach einer neuen Herausforderung. Seit August 2010 sind sieben Freiwillige mit NETZ in Bangladesch. Alle notwendigen Informationen zum einjährigen Freiwilligendienst, unter anderem zum Bewerbungsverfahren – **Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 3. Januar 2011**, erhalten Sie bei Agata Gornicki und unter: [www.bangladesch.org/freiwilligendienst](http://www.bangladesch.org/freiwilligendienst)

## Bangladesch-Treffen in Ravensburg

„Unsere Partnerschaft mit Bangladesch ermöglicht, dass wir uns gegenseitig bei unserer Entwicklung stärken.“ Mit diesen Worten resümiert Elfriede Reuschenbach aus Ludwigsburg die Gruppenarbeit am Morgen des Bangladesch-Treffens am 13. November 2010. Ihre Kleingruppe hatte sich die Aufgabe gestellt, über die Bedingungen, Ziele und den Kern des Begriffs Partnerschaft auszutauschen und zu definieren, was eine echte Partnerschaft ausmacht.

Unter dem Motto „Partnerschaft mit Bangladesch – was sie ausmacht“ trafen sich 45 Teilnehmenden am 13. November 2010 in Ravensburg, um Informationen über NETZ-Selbsthilfefreiprojekte in Bangladesch einzuholen und sich über ihr Engagement auszutauschen. Die Teilnehmenden sind alle mit Bangladesch verbunden: ob als Mitglied einer Kirchengemeinde, Mitarbeiterin eines Weltladens, Mitglied bei NETZ, Lehrer, Schülerin, Arzt, Geschäftsfrau oder als ehemalige Freiwillige. Gastgeber war die katholische Kirchengemeinde Zur Heiligsten Dreifaltigkeit. „Seit mehr als 23 Jahren unterstützen wir gemeinsam mit dem Jute-Team und der Edith-Stein-Schule in Ravensburg nachhaltige Projekte in Bangladesch, die den ärmsten Familien langfristig helfen sollen, aus der Armut zu kommen“, so Hanspeter Heuschmid, Organisator des Treffens.

Sigrid Egle aus Neuenbürg und Mitglied des Bangladesch-Kreises der Kirchengemeinde Heilig Kreuz ergänzt: „Partnerschaft bedeutet Verantwortung für unser Handeln zu übernehmen. Wir brauchen eine Sensibilisierung füreinander – in Deutschland und Bangladesch. Wir müssen aufeinander achten.“ Dem stimmt Uta Ludwig aus der Fairhandels-Gruppe in Tübingen-Hirschau zu: „Mir geht es darum, dass man sich auch menschlich weiterentwickelt. Die Partnerschaft mit Bangladesch ist mir eine Herzensangelegenheit.“

Anja Scholz, NETZ-Bildungsreferentin moderierte das Treffen und berichtete über die aktuelle Situation in Bangladesch mit dem Fokus auf die Herausforderungen im Bildungsbereich. NETZ hat im Jahr 2010 gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen in Bangladesch 346 Schulen unterstützen können. Das Programm WeltKlasse! hat wesentlich dazu beigetragen: Im Jahr 2010 haben 60 Partner in Deutschland und Österreich geholfen, Kindern der ärmsten Familien in Bangladesch Bildung zu ermöglichen.

So auch die Eine-Welt-AG des Mädchengymnasiums St. Ursula in Freiburg, die seit 2009 Partner der Uttedor Sakhaya Dorfschule in Bangladesch ist. Klaus Salzmann, Leiter der Eine-Welt-AG und Lehrer an der Schule, präsentierte ein Projekt, mit dem sie

den 2. Preis des entwicklungspolitischen Schulwettbewerbes „Eine Welt für alle“ gewonnen haben. Das Projekt stellt unter anderem WeltKlasse!-Partnerschaft vor und lässt die Schulkinder aus Bangladesch zu Wort kommen.

Christoph Kunze, Lehrer am Werkgymnasium in Heidenheim, gab Anregungen für engagierte Gruppen: Die „Orangenaktion“ für Bangladesch an der Schule kommt so gut bei den Schülerinnen und Schülern an, dass sie jährlich stattfinden wird. Die Schulkinder verkaufen Obst eines lokalen Händlers und können dadurch eine Schule in Bangladesch unterstützen.

Regina Breg und Robert Neubauer konnten sich in Bangladesch von der Wirksamkeit des Bildungsprogrammes von NETZ überzeugen. Regina Breg war von September 2009 bis August 2010 als NETZ-Freiwillige in dem südasiatischen Land, Robert Neubauer besuchte die Projekte Anfang 2010. Beide sind Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde Zur Heiligsten Dreifaltigkeit in Ravensburg. Für sie steht fest: Kompetenz, Transparenz, Verantwortung und Respekt machen eine Partnerschaft aus.

## Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand

Am 8. Mai 2010 hat die Mitgliederversammlung von NETZ e.V. in Würzburg Manfred Krüger zum ersten Vorsitzenden und Dr. Kathrin Quellmalz zur zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Pa-

NETZ 4/2010

trizia Heidegger, Nicola Löffler, Dr. Dieter Klein, Dr. Michael Nienhaus und Max Stille. Zudem beschloss die Mitgliederversammlung unter anderem die Strategie der Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für die Jahre 2010 bis 2014.

---

*Texte zusammengestellt von  
Anna Bucur und Anja Scholz.*

## Islamisches Opferfest

Dhaka, November 2010. Millionen Menschen sind in Bewegung. Sie alle wollen das islamische Opferfest bei ihren Familien verbringen. Hunderttausende versuchen einen freien Platz in hoffnungslos überfüllten Bussen oder Zügen zu ergattern: egal ob auf dem Dach oder einem Trittbrett. Auch der letzte freie Raum auf der Kupplung zwischen zwei Zugwagons bleibt nicht ungenutzt.





## Buchbesprechung

# Tahmima Anam: Zeit der Verheißungen

VON HEIKE PROELB

Bei den Wahlen 1970 erringt die ostpakistanische Awami League unter der Führung von Sheikh Mujibur Rahman die Mehrheit. Die Machthaber im westlichen Teil Pakistans verschieben jedoch dessen Amtseinführung immer wieder, da die dort herrschenden Militärs und ihre politischen Verbündeten keinen bengalischen Regierungschef dulden. In Ostpakistan formiert sich der Widerstand. Schließlich ruft Sheikh Mujibur Rahman im März 1971 die Unabhängigkeit Bangladeschs aus. Mit ihr beginnt der Separationskrieg.

Maya und Sohail, Tochter und Sohn der ostpakistanischen Witwe Rehana Haque, studieren an der Universität von Dhaka. Wie die Mehrzahl der Studenten lieben sie ihre Heimat und verschmähen dessen Unterdrücker. Sie schließen sich den Unabhängigkeitskämpfern an. Ost- kämpft gegen Westpakistan. Niemand weiß mehr, wer Freund und wer Feind ist, Misstrauen und Angst regieren. Obwohl leidenschaftlicher Gegner jeder Gewalt, schließt sich Sohail den kämpfenden Truppen an. Maya erlebt den Tod ihrer besten Freundin nach deren Vergewaltigung durch westpakistanische Soldaten. Ihre Mutter sendet sie ins indische Kalkutta, um sie in Sicherheit zu bringen. Von dort unterstützt sie als Journalistin das Ziel eines unabhängigen und freien Bangladeschs.

Rehana gelingt es am Ende ihre Kinder zu retten: ihre inzwischen wieder nach Dhaka zurückkehrte Tochter vor der Schändung, ihren Sohn vor dem Tod. Dafür sind ihr alle Mittel recht. Nach neun Monaten Krieg ist nichts mehr so wie vorher, überall bleiben Spuren zurück – aber Bangladesch ist frei.

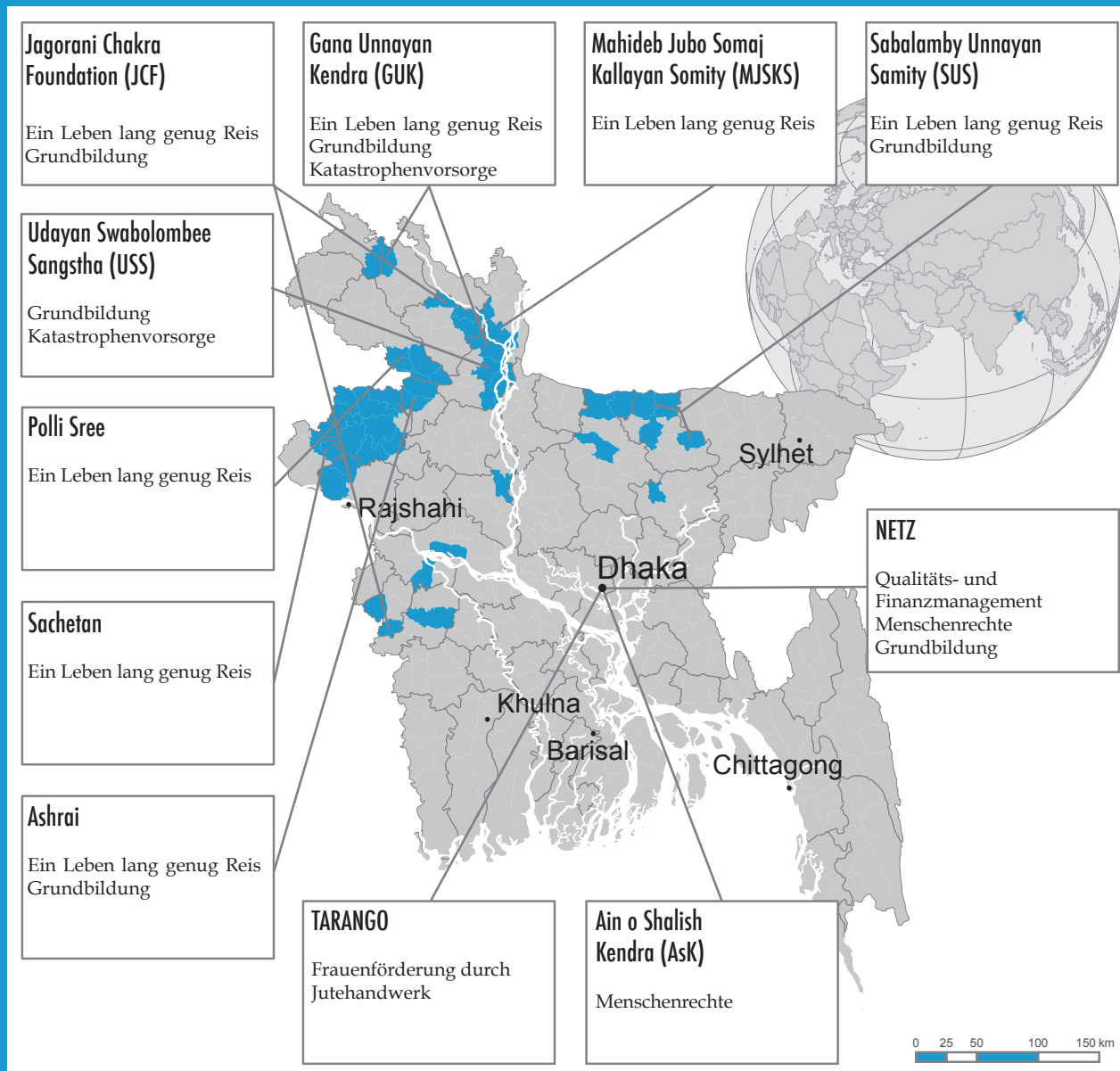
Tahmima Anam wurde 1975 in Dhaka geboren und wuchs überwiegend im Ausland auf. Sie studierte in Harvard und lebt heute in London. Ihr Vater Mahfuz Anam ist Herausgeber des Daily Star, der größten englischen Tageszeitung in Bangladesch. Zeit der Verheißungen, im Original auf Englisch, ist ihr Debütroman, der erste Teil einer geplanten Trilogie. Bisher wurde der im März 2007 veröffentlichte Roman in zwanzig Sprachen übersetzt. Die deutsche Übersetzung erschien am 15. März 2010.

Die Autorin beschreibt in ihrem Erstlingswerk lebendig und anschaulich die Ereignisse während des Unabhängigkeitskrieges in Bangladesch. Am Beispiel einer Familiensaga zeigt sie, welche Veränderungen in den Menschen vorgehen. Plötzlich ist eine Mutter gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die sich auf das Leben Anderer auswirken und Dinge zu tun, an die sie in ihrem früheren Leben nie gedacht hätte. Ihre beiden Kinder und deren Freunde erleben das

abrupte Ende ihrer Jugend. Völlig unvorbereitet werden sie konfrontiert mit Tod und Sterben, Folter und Qual. Und doch ist da immer das Leben, die Liebe, die Schönheit der Natur und des Landes, für das seine Bewohner bereit sind, Qualen zu erleiden und ihr Leben hinzugeben. Die Eigentümlichkeiten in Sitten und Kultur eines fremden Landes berühren den Leser. Das Verhalten der Menschen, das die Autorin einfühlsam beschreibt, ist auch für den Leser, dem Bangladesch, seine Kultur und Menschen unbekannt sind, nicht fremd, sondern zutiefst menschlich und vertraut. Für Tahmima Anam ist die Zeit des Unabhängigkeitskrieges auch eine Zeit der Verheißungen.

*Heike Proelß ist Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.*

# Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden



Grafik: Sebastian Zug

## Projektbereiche

„Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt die 20% ärmsten Familien, damit sie dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut.

**Grundbildung** ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen.

**Menschenrechte:** NETZ kämpft für die Rechte der Ärmsten in den Dörfern. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Organisationen der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

**Katastrophenvorsorge:** NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.

**NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit**  
Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar  
Postvertriebstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

ISSN 1619-6570



Foto: Rolf K. Wegst

## Hilfe zur Selbsthilfe: Ein Leben lang genug Reis!

NETZ unterstützt die ärmsten Familien darin, sich dauerhaft aus der Not zu befreien. Durch das Projekt „Ein Leben lang genug Reis“ können die Familien dauerhaft ein Einkommen erzielen – für Nahrung, Kleidung sowie die Bildung ihrer Kinder.

- **Die Mütter erhalten ein Startkapital:** Hühner, eine Kuh oder die Pachtgebühr und Saatgut für ein Stück Land.
- **Sie nehmen an Schulungen teil:** in Gemüseanbau, Tierhaltung, Hygiene und Katastrophenvorsorge.
- **Sie organisieren sich in Dorfgruppen;** so wehren sie sich gegen Gewalt und Unrecht.
- **Sie schicken ihre Kinder regelmäßig zur Schule.**
- **Mitarbeiter der NETZ-Partnerorganisationen kommen regelmäßig ins Dorf,** um die Frauen zu beraten.

Nach drei Jahren haben sie sich eine eigene kleine Existenz aufgebaut und können für sich und ihre Kinder Reis erwirtschaften. Das Projekt wird durch das deutsche Entwicklungsministerium und die EU gefördert. Das heißt: Für jeden Spenden-Euro kommen insgesamt vier einer Familie zugute.

**Mit einer Spende von 65 Euro helfen Sie einer Familie, den Hunger zu besiegen – dauerhaft.**

Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:  
Geprüft • Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden. Selbstverständlich erhalten Sie eine Spendenquittung.

**Spendenkonto Nr. 62 62**

**Volksbank Mittelhessen BLZ 513 900 00**

IBAN: DE82 513 900 0000 0000 6262

BIC: VB MH DE 5F

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

**NETZ**  
বাংলাদেশ

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

06441 - 26585 / netz@bangladesch.org

www.bangladesch.org